

# Was denkt die Bevölkerung über die Rentenpläne der großen Koalition?

## Die Rentenpolitik im Spiegel der öffentlichen Meinung – eine Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach (IfD Allensbach)

Das geplante Rentenpaket der Bundesregierung wird in Politik, Wissenschaft und Medien kontrovers diskutiert. Hauptkritikpunkt: die Kosten – nach aktuellen Schätzungen rund 233 Milliarden Euro bis 2030 (Studie Prof. Schnabel, 2014).

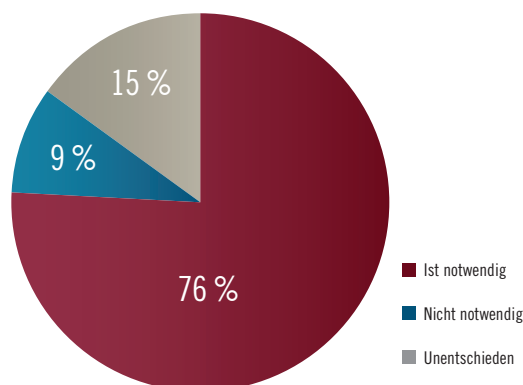
Wie denkt aber die Bevölkerung über die Rentenpläne der großen Koalition? Hält sie das deutsche Rentensystem und das Rentenpaket für zukunftsfest und gerecht? Diese und weitere Fragen beantwortet die repräsentative Umfrage „Renten- und Arbeitsmarktpolitik im Spiegel der öffentlichen Meinung“ des Instituts für Demoskopie Allensbach. Sie gibt ein umfassendes Bild zu den Einstellungen der Bevölkerung und ihren Erwartungen an die Politik für eine generationengerechte Rentenpolitik.

Insgesamt zeigt die Umfrage, dass die Sorge um die Zukunftsfähigkeit des Rentensystems die Bürger bewegt. Sie befürchten, dass die Pläne der Bundesregierung das gesamte Rentensystem destabilisieren und vor allem auf Kosten der jüngeren Generation gehen. Die wichtigsten Ergebnisse der Umfrage im Einzelnen:

### Umbau des Rentensystems gefordert

Die Bevölkerung hat kein Vertrauen mehr in die Zukunftsfähigkeit des Rentensystems. Einer großen Mehrheit von 76 Prozent ist bewusst, dass vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ein Umbau des Rentensystems erforderlich ist. Nur 9 Prozent sind überhaupt der Auffassung, es gehe ganz ohne Anpassungen.

Macht der demografische Wandel einen Umbau des Rentensystems notwendig?



## Sichere Rente oberstes Ziel der Bevölkerung

Obwohl der Bevölkerung klar ist, dass das Rentensystem demografiefest umgebaut werden muss, spricht sie sich eher für Leistungsausweitungen als für Reformen im Sozialversicherungssystem aus. 85 Prozent halten es für das wichtigste Ziel der Rentenpolitik, Rentner ausreichend abzusichern. Mit einigem Abstand folgen die Mütterrente (59 Prozent) und die abschlagsfreie Rente mit 63 (58 Prozent). Dass Leistungsausweitungen statt Reformen favorisiert werden, führen die Autoren der Studie auf die gegenwärtig gute wirtschaftliche Lage zurück. Aufgabe einer verantwortungsvollen Politik wäre es daher, die Bürger über die notwendigen Anpassungen zur Bewältigung des demografischen Wandels aufzuklären.

## Lasten schon heute ungerecht verteilt

Konkreter nachgefragt, sind den Bundesbürgern jedoch die Folgen des demografischen Wandels durchaus bewusst – vor allem in puncto Generationengerechtigkeit: 56 Prozent der Bevölkerung halten derzeit die Lasten und Ansprüche im Rentensystem für nicht gerecht verteilt. Der überwiegende Teil sieht die jüngere Generation benachteiligt. Diese Kritik hat sich seit 2008 signifikant verstärkt.

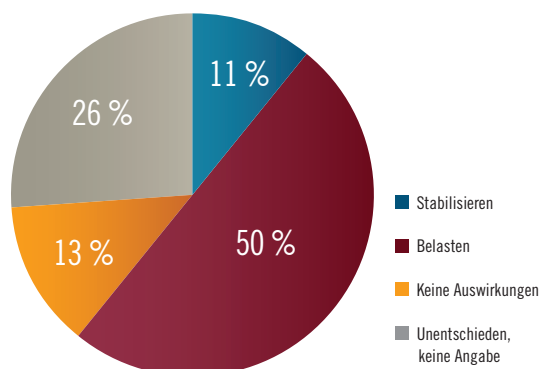
Wie, finden Sie, sind die Lasten im Rentensystem verteilt?

	2008 in Prozent	2014 in Prozent
<b>Nicht gerecht verteilt</b>	<b>51</b>	<b>56</b>
<b>Benachteiligt wird</b>		
Jüngere Generation	26	38
Mittlere Generation	13	12
Ältere Generation	8	7
Keine Angabe	4	2
<b>Gerecht verteilt</b>	<b>17</b>	<b>18</b>
<b>Unentschieden, keine Angabe</b>	<b>32</b>	<b>26</b>
	100	100

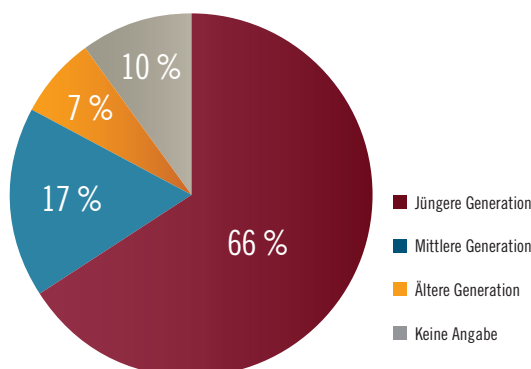
## Rentenpaket auf Kosten der jüngeren Generation

Laut Allensbach erwarten 50 Prozent, dass das Rentenpaket das Rentensystem langfristig belastet. 13 Prozent glauben, dass es keine Auswirkungen auf die Stabilität haben werde, und nur 11 Prozent halten das Rentenpaket für die richtige Maßnahme, um das Rentensystem zu stabilisieren. Die Politik erfüllt damit nicht die Erwartungen der Bevölkerung an einen generationengerechten Umbau des Rentensystems. Im Gegenteil: Für die Bevölkerung ist es ziemlich eindeutig, wer am meisten unter den Rentenplänen der Bundesregierung zu leiden hat. 66 Prozent sehen die junge Generation am stärksten benachteiligt.

Wird das Rentenpaket das Rentensystem langfristig eher belasten, stabilisieren oder sehen Sie keine Auswirkungen?



Welche Generation sehen Sie durch die Rentenpakete am meisten benachteiligt?



## Das Vertrauen in das Rentensystem sichern – mit Sozialer Marktwirtschaft

Die Bundesregierung steht in der Pflicht, die faktischen Mehrkosten des Rentenpakets der Öffentlichkeit darzustellen. Nur so können die Bürgerinnen und Bürger die tatsächlichen Folgen des Rentenpakets einschätzen.

Darüber hinaus muss eine zukunftsfähige Rente gemäß den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft gestaltet werden. Das heißt konkret:

- Ab 2030 das Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung koppeln. So würde der kontinuierlich steigenden Lebenserwartung Rechnung getragen
- Den Renteneintritt nach Erreichen der Altersgrenze flexibilisieren. Es muss auch über das Renteneintrittsalter hinaus möglich sein zu arbeiten
- Auf die Einführung der Rente mit 63 und der Mütterrente verzichten. Beide Maßnahmen sind ungerecht, weil Beitragszahler und Rentner zusätzliche Belastungen schultern müssen und die Generationengerechtigkeit untergraben wird
- Die Rente mit 67 wie geplant umsetzen. Nur so können die gesetzlichen Beitragssatz- und Rentenniveaueziele eingehalten werden

### IMPRESSUM

**Quellen:** Allensbach (2014): Renten- und Arbeitsmarktpolitik im Spiegel der öffentlichen Meinung. Erhebung für die INSM.  
Schnabel, Reinhold (2014): Rentenpolitik: Wiedereinstieg in die Frühverrentung. Studie für die INSM.

**Herausgeber:** INSM Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH, Georgenstraße 22, 10117 Berlin

**Geschäftsführer:** Hubertus Pellengahr

**Ansprechpartner**

**Public Affairs:** Stephan Einenckel

**Grafische Gestaltung:** Serviceplan Berlin GmbH

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanziert. Sie steht für Freiheit und Verantwortung, Eigentum und Wettbewerb, Haftung und sozialen Ausgleich als Grundvoraussetzungen für mehr Wohlstand und Teilhabechancen.

Alle Quellen online verfügbar unter [insm.de/Generationengerechtigkeit](https://www.insm.de/Generationengerechtigkeit)